

## Finanzplan 2011 – 2014

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission  
vom 4. November 2010

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat den Finanzplan 2011 – 2014 an der Sitzung vom 4. November 2010 beraten und unterbreitet Ihnen den wie folgt gegliederten Bericht:

1. Ausgangslage
2. Ausserordentliche Reservenentnahmen
3. Kantonssteuern und Anteil an direkter Bundessteuer
4. Hohes Aufwandswachstum
5. Neue Finanzstrategie
6. Antrag

### 1. Ausgangslage

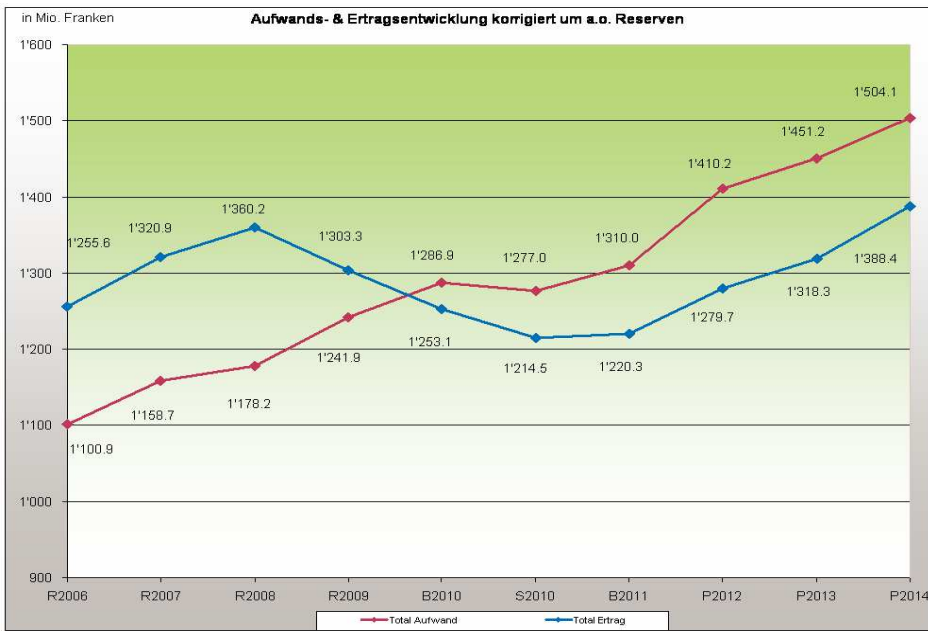
Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument des Regierungsrates und wird jedes Jahr neu erstellt. Er wird von der Stawiko beraten und vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen. Bereits zum zweiten Mal weist der Finanzplan hohe Aufwandüberschüsse auf. Die Stawiko ist über diese Entwicklung grossmehrheitlich besorgt.

### 2. Ausserordentliche Reservenentnahmen

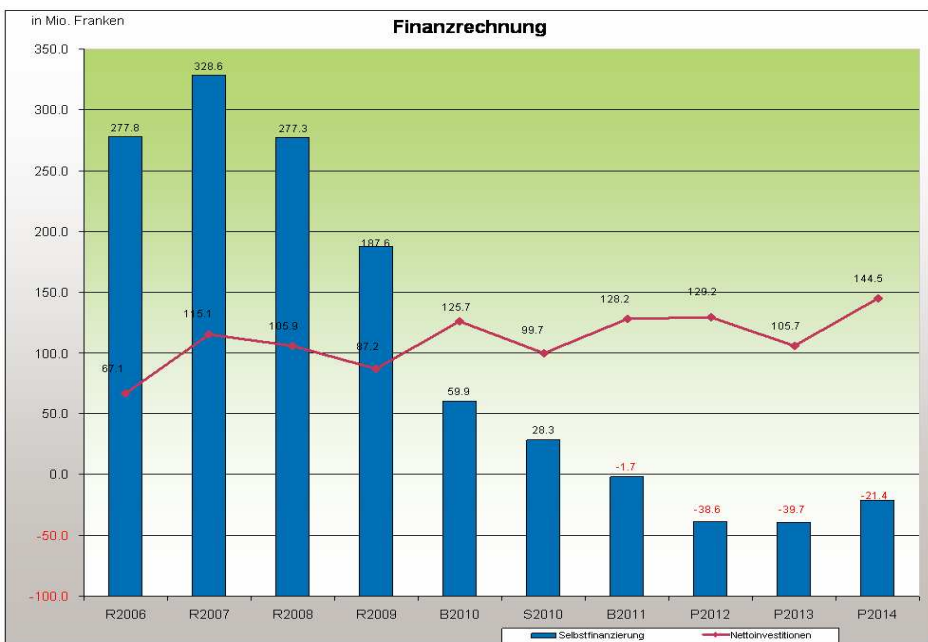
Während in den Jahren 2008 und 2009 ausserordentliche Reserven von insgesamt 140 Mio. Franken geäufnet werden konnten, werden diese jetzt im Planungszeitraum mit 167.5 Mio. Franken beansprucht. Diese Reserveneinlagen bzw. -entnahmen verzerren die ausgewiesenen Ergebnisse der Laufenden Rechnung. Nachfolgend sind diese ausserordentlichen Bewegungen eliminiert worden, um die effektiven Ergebnisse zu zeigen:

	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Budget 2010	Budget 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Aufwand	1'100.9	1'158.7	1'258.2	1'301.9	1'286.9	1'310.0	1'410.2	1'451.2	1'504.1
Ertrag	1'255.6	1'320.9	1'360.2	1'303.3	1'253.1	1'270.3	1'318.7	1'357.3	1'427.9
a.o. Reserven			80.0	60.0		-50.0	-39.0	-39.0	-39.5
Ergebnis	154.7	162.2	182.0	61.4	-33.7	-89.6	-130.5	-133.0	-115.7

In der nachfolgenden Grafik ist ersichtlich, wie weit sich die Schere zwischen Erträgen und Aufwänden effektiv öffnet:

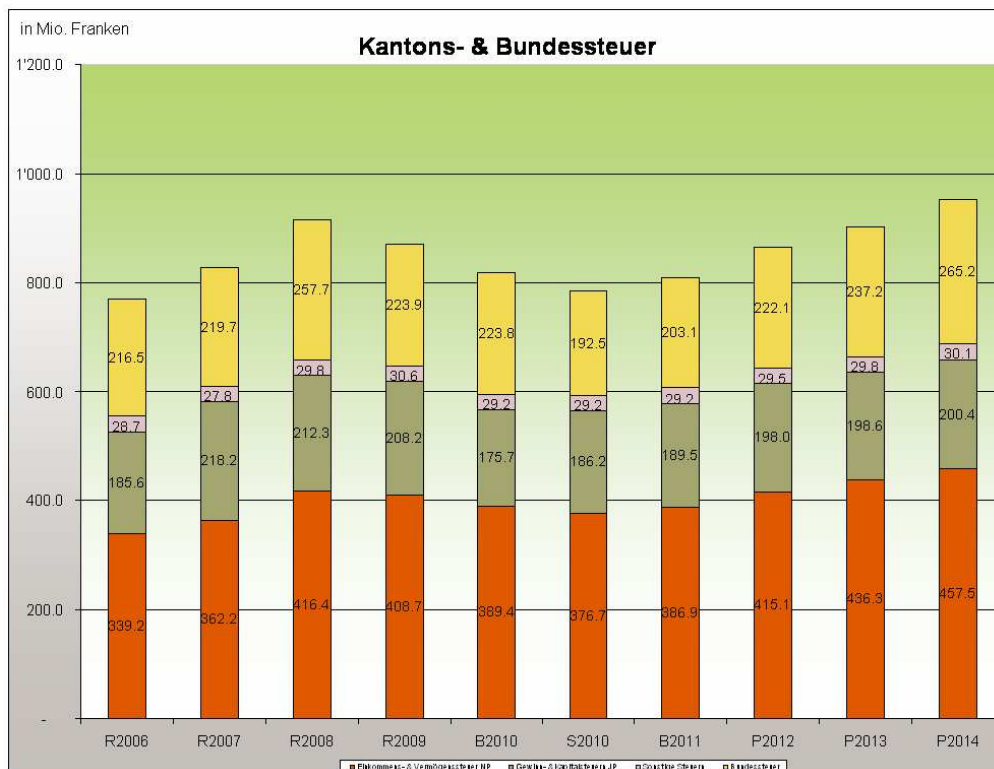


Diese Grafik ist dem «Finanz-Cockpit» entnommen, welches dem Finanzdirektor als Planungsinstrument dient. Die ausserordentlichen Reservenentnahmen haben einen Einfluss auf das ausgewiesene Ergebnis der Laufenden Rechnung, nicht jedoch auf die Finanzrechnung, in welcher solche liquiditätsunwirksamen Positionen aufgerechnet werden. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die Nettoinvestitionen seit 2010 höher sind als die Selbstfinanzierung. Die damit zusammenhängenden Liquiditätsabflüsse reduzieren sowohl das Finanzvermögen als auch das Eigenkapital. Wir gehen mit dem Regierungsrat einig, dass die auf Seiten 10 und 11 des Finanzplans abgebildete Bilanzstruktur auch im Jahr 2014 noch als gesund bezeichnet werden kann. Jedoch nehmen die in den letzten Jahren erarbeiteten liquiden Mittel schnell ab, wenn nicht frühzeitig Massnahmen dagegen ergriffen werden. Es gilt auf alle Fälle zu vermeiden, dass sich der Kanton bei Dritten verschulden muss.



### 3. Kantonssteuern und Anteil an direkter Bundessteuer

Die Kantonssteuererträge gehen in den Jahren 2009 und 2010 zurück und steigen dann von diesem tieferen Niveau wieder leicht an. Die Entwicklung wird insbesondere durch die beiden Steuergesetzrevisionen 2009 und 2010 und auch durch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst. Die Angaben zur Höhe des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer stammen vom Bund und werden von der Steuerverwaltung plausibilisiert. Nachfolgend sind diese Entwicklungen grafisch dargestellt:



#### Legende:

rot: Einkommens- und Vermögensteuern NP

grün: Gewinn- und Kapitalsteuern JP

rosa: sonstige Steuern

gelb: Kantonsanteil an direkter Bundessteuer

### 4. Hohes Aufwandswachstum

Der NFA-Ressourcen- und Härteausgleich wächst bis im Planjahr 2014 auf 309 Mio. Franken an. Wir haben mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass der Kanton Zug die Berechnungen des Bundes akzeptieren muss, ohne sie nachvollziehen oder kontrollieren zu können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Berechnungsfehler auftreten können. Der Regierungsrat ist gefordert, auf der politischen Ebene alles daran zu setzen, dass diese Berechnungen korrekt vorgenommen werden und dass die Belastung für den Kanton Zug begrenzt werden muss.

Im Weiteren fordern wir den Regierungsrat dringend auf, stark wachsende Positionen wie z.B. die Dienstleistungen Dritter (Kontengruppe 318), kritisch zu überprüfen und wo immer möglich zu reduzieren, wie er dies bereits im letzten Finanzplan angekündigt hatte.

Die Stawiko ist wie der Regierungsrat grossmehrheitlich der Ansicht, dass das Ausgabenwachstum auf jeden Fall beschränkt werden muss und dass der Kanton nicht laufend neue Aufgaben übernehmen kann. Hier ist auch der Kantonsrat gefordert, Zurückhaltung zu üben.

## **5. Neue Finanzstrategie**

Die Stawiko hat bereits im letzten Jahr gefordert, dass die Finanzstrategie überarbeitet werden muss. Wir stellen fest, dass dies bis heute noch nicht erfolgt ist. Der Regierungsrat hat die BAK Basel beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion ein Finanzhaushaltmodell zu entwickeln. In diesem werden die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, welche den Zuger Staatshaushalt beeinflussen, abgebildet. Das Modell stellt eine wichtige Basis für eine neue Finanzstrategie dar. Wir wurden informiert, dass die neue Strategie Ende März 2011 vorliegen und bei der nächsten Budgetierung und Finanzplanung berücksichtigt werden wird.

Die letzte Finanzstrategie 2008 – 2015 hatte noch einen strukturellen Ertragsüberschuss von 80 Mio. Franken pro Jahr ausgewiesen. Dieser Überschuss ist mit den Steuergesetzrevisionen der Jahre 2009 und 2010 zum grössten Teil abgebaut worden. Vor allem sind es die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und die stark anwachsenden Beiträge für den NFA-Ressourcenausgleich, die zu den im Finanzplan ausgewiesenen hohen Defiziten führen. Die neue Finanzstrategie muss zeigen, ob es sich dabei um strukturelle Fehlbeträge handelt oder ob sich die finanzielle Situation in einem langfristigen Zeithorizont, d.h. zum Beispiel bis ins Jahr 2020, wieder erholt.

## **6. Antrag**

Wir beantragen Ihnen einstimmig, vom Finanzplan 2011 – 2014 (Vorlage Nr. 1976.1 - 13558) Kenntnis zu nehmen.

Zug, 4. November 2010

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission  
Der Präsident: Gregor Kupper